

Gemeinsame Festsitzung

**des Oö. Landtags und
der Oö. Landesregierung**

am 1. September 2014

aus Anlass des Gedenkens an den

**Beginn des Ersten Weltkriegs 1914
und den**

Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939

Wortprotokoll

46. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags - XXVII. Gesetzgebungsperiode

Programm

(W.A. Mozart: Quartett D-Dur – 2. Satz / Adagio – „Anton Bruckner Ensemble“)

Begrüßung

Landtagspräsident KommR Viktor Sigl

Trauerkundgebung

für die Präsidentin des Nationalrates Mag. Barbara Prammer

Einleitende Worte

Landtagspräsident KommR Viktor Sigl

Interviewrunde

Dr. Johannes Jetschgo, Chefredakteur ORF Oberösterreich
mit Vertretern der im Oö. Landtag vertretenen Parteien

Klubobmann Mag. Thomas Stelzer, ÖVP

Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reinhold Entholzer, SPÖ

Landesrat Dr. Manfred Haimbuchner, FPÖ

Klubobmann Dipl.-Päd. Gottfried Hirz, GRÜNE

(Debussy: 6 Epigraphes antiques – 2. Satz „Für ein Grab ohne Namen“ – „Anton Bruckner Ensemble“)

1914/1939 – 2014 - Was haben wir gelernt?

Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer

(W.A. Mozart: Quartett A-Dur – 1. Satz Andante – „Anton Bruckner Ensemble“)

Vom Krieg, den niemand wollte, zum Krieg, den alle wollten

Univ.-Prof. Dr. Dieter-Anton Binder

Institut für Geschichte, Karl-Franzens-Universität Graz und Fakultät für Mitteleuropäische Studien, Andrassy Universität Budapest

Schlussworte

Landtagspräsident KommR Viktor Sigl

Europa-, Bundes- und Landeshymne

Empfang des Landes Oberösterreich

(Beginn der Sitzung: 14.05 Uhr)

Musik

W.A. Mozart: Quartett D-Dur – 2. Satz / Adagio – „Anton Bruckner Ensemble“. (Beifall)

Präsident: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die gemeinsame Festsitzung des Oö. Landtags und der Oö. Landesregierung und freue mich sehr, dass so viele Persönlichkeiten aus dem Land Oberösterreich und darüber hinaus heute zu uns gekommen sind. Der Anlass ist das Gedenken, das traurige Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 und den Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939.

Ich darf Sie alle als Präsident des Oö. Landtags und auch im Namen unseres Landeshauptmannes Dr. Josef Pühringer sehr herzlich willkommen heißen. Ein besonderer Gruß geht an unsere heutigen Festredner, an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer einerseits und Herrn Professor Dr. Dieter-Anton Binder vom Institut für Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz und der Fakultät für Mitteleuropäische Studien, Andrassy Universität Budapest samt Gattin. Herzlich willkommen. (Beifall)

Weiters darf ich Ihnen eine Vielzahl von Persönlichkeiten bekanntgeben, die uns heute durch ihren Besuch die Ehre erweisen. Ich begrüße die Herren Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl und Ing. Reinhold Entholzer, den Herrn Landesrat Rudolf Anschöber, die Frau Landesrätin Mag. Doris Hummer, die Herren Landesräte Dr. Manfred Haimbuchner und Max Hiegelsberger und Mag. Dr. Michael Strugl und Frau Landesrätin Mag. Gertraud Jahn. (Beifall) Ich begrüße ganz herzlich auch die Zweite Präsidentin des Oö. Landtags, Frau Gerda Weichsler-Hauer, den Dritten Präsidenten des Oö. Landtags, Herrn Dipl.-Ing. Dr. Adalbert Cramer, die Klubobleute der im Oö. Landtag vertretenen Parteien, Mag. Thomas Stelzer, Christian Makor, Mag. Günther Steinkellner und Dipl.-Päd. Gottfried Hirz und alle Damen und Herren des Oö. Landtags.

Einen besonderen und respektvollen Gruß richte ich an Herrn Superintendent Dr. Gerold Lehner.

Ich freue mich sehr über den Besuch aller Damen und Herren, die in der Oö. Landesregierung und im Oö. Landtag vor uns tätig gewesen sind, an der Spitze Herr Landeshauptmann außer Dienst Dr. Josef Ratzenböck und meine Vorgänger Frau Ökonomierätin Johanna Preinstorfer, Frau Angela Ortner und Herrn Friedrich Bernhofer. Herzlich willkommen! (Beifall)

Einen herzlichen Willkommensgruß den Behördenleitern, Präsident Dr. Johannes Payrhuber vom Oberlandesgericht Linz, Landesamtsdirektor Dr. Erich Watzl, Landtagsdirektor Dr. Wolfgang Steiner und Landesrechnungshofdirektor Ing. Dr. Friedrich Pammer sowie Herrn Landesamtsdirektor außer Dienst Dr. Eduard Pesendorfer und dem Richter des Verfassungsgeschichtshofes Wien, Dr. Helmut Hörtenhuber.

Einen besonderen Gruß richte ich auch an die politischen Vertreter der Gemeinden und Städte, stellvertretend Herrn Gemeindebundpräsidenten und Landtagsabgeordneten Bürgermeister Johann Hingsamer und Vizebürgermeisterin der Landeshauptstadt Linz, Frau Karin Hörzing.

Ich freue mich ebenso über den Besuch zahlreicher aktiver und ausgeschiedener Nationalratsabgeordneter und Bundesräte. Ebenso einen herzlichen Willkommensgruß dem Präsidenten der Wirtschaftskammer Oberösterreich, Herrn Kommerzialrat Dr. Rudolf Trauner als

Vertreter der Sozialpartner und den Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates Fritz Enzenhofer.

Ein herzliches Willkommen den anwesenden Rektoren, den Behördenleitern und den Leitern der Direktionen des Amtes der Oö. Landesregierung sowie den anwesenden Bezirkshauptleuten.

Und besonders begrüße ich die Vertreter der Medien, an der Spitze den Chefredakteur des ORF, Dr. Johannes Jetschgo, der die anschließende Interviewrunde gestalten wird, sowie die Zuseherinnen und die Zuseher, die unsere heutige Sitzung auch im Internet mitverfolgen können. Zu meiner Rechten begrüße ich das Anton Bruckner Ensemble, das unsere gemeinsame Festsetzung musikalisch begleitet. Alle herzlich Willkommen. (Beifall)

Ich darf Sie nun bitten, sich für eine Trauerkundgebung von den Sitzen zu erheben. (Alle erheben sich von den Sitzen.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Am 2. August dieses Jahres ist im 61. Lebensjahr die Erste Präsidentin des Nationalrats, Frau Mag. Barbara Prammer, verstorben.

Barbara Prammer hat selbst einmal gesagt: „Irgendwann, wenn man so lange in der Politik steht, wird die Politik das Leben. Es ist mein Leben.“ Und ich kann das nur unterstreichen - Politik war ihr Leben.

Präsidentin Mag. Barbara Prammer wurde am 11. Jänner 1954 in Ottnang am Hausruck geboren. Nach dem Studium der Soziologie arbeitete sie als Sozial- und Berufspädagogin im Beruflichen Bildungs- und Rehabilitationszentrum und war anschließend bei der AMS-Landesgeschäftsstelle Oberösterreich als Frauenreferentin tätig.

Mag. Prammer war von 1991 bis 1995 Zweite Präsidentin dieses Hauses. Sie war Mitglied im Ausschuss für Verfassung und Verwaltung, im Ausschuss für Öffentliche Wohlfahrt, im Geschäftsordnungsausschuss, im Petitionsausschuss und sie war Obfrau des Ausschusses für öffentliche Wohlfahrt.

Von 1995 bis 1997 war sie Landesrätin, zuständig für den Bereich Naturschutz, Wohnbau und Verwaltungspolizei. Hier galt ganz besonders ihr Augenmerk vor allem der Vorbereitung des Nationalparks Kalkalpen. Ihr war bewusst, dass intakte Lebensgrundlagen die Voraussetzung für die Lebensqualität der Menschen sind und sie hat sich entsprechend auch dafür eingesetzt.

Nach ihrer Zeit in der Landespolitik war Mag. Prammer von 1997 bis 2000 Frauenministerin im Kabinett Klima. 2000 bis 2006 war sie Abgeordnete zum Nationalrat und ab 2004 auch Zweite Präsidentin des Nationalrates. Seit 30. Oktober 2006 war sie Erste Präsidentin des Nationalrates und bekleidete damit das zweithöchste Amt im Staat.

Mit ihrem Bestreben, die Jugend für die Werte der Demokratie zu sensibilisieren, hat sie nicht nur in Wien, sondern im ganzen Bundesgebiet ihre Spuren hinterlassen. Vor allem aber im Hinblick auf ihr Heimatland Oberösterreich lag ihr auch das Thema Demokratiewerkstatt für Oberösterreich besonders am Herzen. Ich habe Ende Juni die Möglichkeit gehabt, mit Frau Präsidentin Prammer in ihrem Büro diese Thematik durchzubesprechen und wir haben

dabei den Startschuss für die oberösterreichische Demokratiewerkstatt legen können. Ich kann von dieser Stelle versichern, wir werden dieses Projekt in ihrem Sinne weiterführen.

Unter ihrer Präsidentschaft ist es auch gelungen, dass das Parlament und die Landtage künftig bei der Bewertung von Gesetzes- und Gesetzgebungsvorhaben der Europäischen Union enger zusammenarbeiten, indem die österreichischen Landtage über den Nationalrat Zugang zu sämtlichen Gesetzesvorhaben der Europäischen Union erhalten. Die Landtage können damit schneller auf Gesetzgebungsvorhaben der Europäischen Union reagieren und ihre Einwände und Bedenken rechtzeitig und wirkungsvoll an die Organe der EU herantragen.

„Man muss nicht laut sein, um Autorität zu haben“ - nach diesem Leitspruch hat Barbara Prammer auch stets gehandelt. Sie hat es verstanden, mit Charme, menschlicher Ausstrahlung und persönlicher Integrität an ihrer Vorstellung von einem modernen Österreich zu arbeiten. Für ihre Verdienste wurde sie mit dem Goldenen Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich ausgezeichnet.

Frau Präsidentin Prammer war über Parteigrenzen hinweg hoch angesehen. Mit ihr hat das gesamte Bundesgebiet, aber insbesondere Oberösterreich eine große Persönlichkeit, eine starke Persönlichkeit und eine glühende Demokratin verloren, die in zahlreichen Funktionen und politischen Ämtern für dieses Land und insbesondere für seine Menschen bleibende Verdienste erworben hat.

Wir trauern um eine große Politikerin und einen Menschen, der unserem Land und seinen Menschen gedient hat. Das Land Oberösterreich wird Frau Präsidentin Mag. Barbara Prammer ein ehrendes Andenken bewahren.

Ich danke Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind heute hier gemeinsam im Bewusstsein unserer Geschichte, im Gedenken an zwei furchtbare Kriege, die unermessliches Leid mit sich brachten. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges jährt sich heuer zum 100. Mal; der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zum 75. Mal. Man könnte provokant fragen: wie lange noch, wie oft noch gedenken und erinnern an so weit zurückliegende Ereignisse? Immer wieder gibt es tatsächlich Stimmen, die fragen, ob es überhaupt noch notwendig sei, sich mit diesen Teilen der Geschichte zu konfrontieren. Ich möchte als Antwort den ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog zitieren, der sagt: „Die Erinnerung darf nicht enden. Sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“ Diese Aussage Herzogs stammt vom 27. Jänner 1996 anlässlich der Erklärung dieses Tages zum zentralen Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus.

Im Sinne dieses Zitats halte ich es für gut und wichtig, dass wir uns auch heute noch bewusst und abseits des politischen Tagesgeschehens Zeit für öffentliches Erinnern nehmen. Das Land Oberösterreich setzt sich daher im Rahmen einer Vielzahl von Aktivitäten und Veranstaltungen und Projekten mit den Jubiläen des Gedenkjahres 2014 auseinander.

Der schonungslose Umgang mit der eigenen Geschichte ist - und davon bin ich überzeugt - die einzige Grundlage, um aus der Geschichte zu lernen und die Zukunft gestalten zu können.

Wir stehen heute auf den Schultern derjenigen, die nicht nur eine ungeheure Bürde zu tragen hatten und unendliches Leid erleben mussten, sondern die dieses Land nach zwei Kriegen unermüdlich wieder aufgebaut haben. Wir können und wir sollen stolz darauf sein, was

die Generationen vor uns aus Trümmern aufgebaut haben! Und wir sollen dafür auch ein herzliches Dankeschön sagen! Diese Aufbaugenerationen haben eine hervorragende Grundlage für das moderne Oberösterreich, für das dynamische Österreich geschaffen. Auf dieser Grundlage und in diesem Geist konnte vieles von dem entstehen, was Oberösterreich, was Österreich heute zu einem der besten Plätze zum Leben und zum Arbeiten macht.

Ich frage mich, was Leopold Figl heute sagen würde, könnte er erleben, wie aus dem damaligen Aufbauwerk mit Politikern aus allen politischen Lagern geworden ist. Ich bin davon überzeugt, er wäre beeindruckt, wie seine Töchter, seine Söhne, ihre Enkel und Enkelinnen dieses Österreich entwickelt, verändert, verbessert haben.

Meine Damen und Herren! Bei allem Eingedenken an die Vergangenheit dürfen wir die Zukunft nicht aus den Augen verlieren. Wir haben vieles erreicht, auf das wir aus gutem Grund stolz sein dürfen, aber wir dürfen uns darauf beileibe nicht ausruhen. So richten wir an diesem Tag der Erinnerung unseren Blick auch nach vorn. Bei aller Trauer, die wir in Erinnerung auf den 28. Juli 1914 und den 1. September 1939 empfinden, sind wir uns der Verantwortung für die nachwachsenden Generationen bewusst. Diese Generationen werden uns einmal danach beurteilen, ob wir aus der Erfahrung von Krieg und Diktatur die richtigen Lehren gezogen haben - ob wir der Aufgabe gewachsen waren, auf Dauer eine bessere, eine friedlichere Welt zu schaffen. Wir haben die besten Voraussetzungen, Zukunft gestalten zu können. Nützen wir sie!

Wir müssen das Vereinte Europa weiterbauen, das dem ganzen Kontinent Frieden, Freiheit, politische Stabilität und Demokratie garantiert - ein Europa, in dem die Menschenrechte zum selbstverständlichen Teil der Verfassung gehören und in dem Nationalsozialismus, Fremdenhass und Rassismus Gott sein Dank keinen Platz haben und keinen Platz haben dürfen. Ein Europa, in dem nie mehr Menschen ihre Würde abgesprochen wird, weil sie anderen Religionen, anderen Weltanschauungen oder Gesinnungsgemeinschaften angehören.

Auch in einer Demokratie ist Politik Menschenwerk und damit nie fehlerlos. Dennoch darf es trotz aller Probleme und Unzulänglichkeiten keine Alternative zur Demokratie geben. Politik braucht eine Kultur des Dialogs und eines vernünftigen Miteinanders - trotz des notwendigen politischen Wettbewerbs.

Wir dürfen nicht müde werden, die Vorteile der Demokratie aufzuzeigen und greifbar zu machen. Jede Politikerin, jeder Politiker hat hier eine besondere, eine eigene Verantwortung wahrzunehmen. Auf politische Bildung und Demokratievermittlung muss ein noch stärkeres Augenmerk gelegt werden. Seitens des Oberösterreichischen Landtags möchten wir künftig in einer „Demokratiewerkstatt Oberösterreich“ dazu beitragen, Jugendlichen in speziellen Workshops Politik, Demokratie, wie funktioniert das, auch entsprechend zu vermitteln und wie sie mitgestalten können. Das Landhaus wird dadurch noch mehr zu einem Ort der Begegnung. Schon derzeit besuchen rund 7.000 Schülerinnen und Schüler der vierten Volksschulklassen im Rahmen der „Linz-Aktion“ das Landhaus. Rund 3.000 Damen und Herren jährlich - darunter viele Schulklassen - verfolgen unsere Landtagssitzungen live auf der Besuchergalerie oder im Internet direkt. Wir Politikerinnen und Politiker müssen aber noch stärker selber als „Botschafter“ in Sachen politischer Bildung aktiv werden. Wir müssen Imagearbeit in eigener Sache betreiben und über unsere Arbeit in der Praxis auch informieren.

Meine Damen und Herren, die Demokratie ist kein abstraktes Prinzip. Sie betrifft jede und jeden Einzelnen ganz unmittelbar. Demokratische politische Systeme können unterschiedlich gestaltet werden. Es gibt einen Spielraum, was die demokratischen Mittel und Methoden betrifft. In demokratischen Staaten kann es ein unterschiedlich ausgeprägtes Zusammen-

spiel von Formen repräsentativer und direkter Demokratie geben - Stichwort Bürgerbeteiligung.

Nie jedoch, meine Damen und Herren, darf die Demokratie an sich in Frage gestellt werden. Denn nur diese Form ermöglicht auf Dauer Frieden, Freiheit und persönliches Glück. Nehmen wir das Gedenken an die beiden Weltkriege zum Anlass und tragen wir gemeinsam dazu bei, dass dies allen, gerade auch in einer solchen Stunde, ganz besonders bewusst wird.

Ich danke Ihnen. (Beifall)

Ich darf nun zur Interview-Runde Herrn Chefredakteur Dr. Johannes Jetschgo vom ORF Oberösterreich begrüßen sowie die Vertreter der im Oö. Landtag vertretenen Parteien, Herrn Klubobmann Mag. Thomas Stelzer, Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reinhold Entholzer, Herrn Landesrat Dr. Manfred Haimbuchner und Herrn Klubobmann Dipl.-Päd. Gottfried Hirz. Ich bitte daher die Herren auf das Podium. Johannes Jetschgo, du hast das Wort. (Beifall)

Chefredakteur **Dr. Jetschgo:** Dankeschön. Ja, die Zeitspanne ist natürlich viel zu kurz, könnte man sagen, um hier den Zeitrahmen, den die Gedenksitzung heute in den Mittelpunkt stellt, auch nur annähernd zu diskutieren. Das ist schon klar. Aber die vier im Landtag vertretenen Parteien sind doch herausgefordert, sich prinzipiellen Fragen zu stellen. Warum? Weil ein Sommer wie dieser bietet nicht nur innenpolitische Rochaden, sondern, wenn wir die europapolitische Situation anschauen, dann wird plötzlich aus dem, was hier vielleicht gesagt wird, viel mehr als eine Sonntagsrede, dann wird Grundsätzliches, das vielleicht schon morgen oder übermorgen zumindest an der Peripherie seine Geltung hat.

Zunächst einmal, die Geschichte der Parteien ist natürlich eine ganz unterschiedliche und sie kann auch nicht einfach nur über hundert Jahre gespannt werden. Die Frage wäre und ich bitte Sie, ganz kurz die zu beantworten: Lernt jede Partei aus ihrer eigenen Geschichte und was lernt sie? Sei es, dass es eine Partei mit kürzerer Geschichte ist, wenn wir mit den Grünen beginnen. 1986 erstmals bei den Nationalratswahlen. Was lernt eine Partei aus ihrer eigenen Geschichte und was sind die wichtigsten Punkte, die sie hier vorstellen möchten?

Abg. Dipl.-Päd. **Hirz:** Vorweg, ich für meinen Teil bemühe mich immer, dass die Grünen eine lernende Organisation bleiben. Das heißt, dass das, was gut gelaufen ist, und das was schlecht gelaufen ist, auch weiter gegeben wird an jene, die nachfolgen und die nachrücken. Und insofern ist es wichtig, dass das weitergegeben wird, weil man ja aus der Geschichte lernt, Fehler zu vermeiden bzw. auch entsprechende Entscheidungen zu treffen. Also ich halte das für sehr wichtig.

Chefredakteur **Dr. Jetschgo:** Herr Dr. Haimbuchner! Für die Freiheitliche Partei, Parteiprogramme, die ja in gewissen Dezennien immer wieder aufgestellt werden, sind die auch Spiegel eines solchen Lernprozesses?

Landesrat **Dr. Haimbuchner:** Ja natürlich. Ich glaube, wenn man aus der Geschichte lernen will, dann muss man die Geschichte kennen, die Geschichte auch der eigenen Partei selbstverständlich. Da ist, glaube ich, eines ganz wichtig, dass politische Macht auch der Kontrolle

bedarf. Kontrolle ist etwas ganz Wichtiges und die Programme ändern sich, aber vieles im Kern bleibt manchmal auch gleich. Die handelnden Personen wechseln. Und ich glaube, es kommt immer auf die handelnden Personen letztendlich auch darauf an.

Chefredakteur **Dr. Jetschgo**: Was würden Sie sagen, hat die Freiheitliche Partei gelernt in den vergangenen Jahrzehnten?

Landesrat **Dr. Haimbuchner**: Ich glaube, man hat gelernt, dass man über alle politischen Lager hinweg eine Gesprächsebene suchen muss. Das ist etwas ganz Wichtiges, dass man mit den anderen Lagern gut reden, diskutieren und auch zusammenarbeiten kann. Ich glaube, das ist das Allerwichtigste, sich immer Gesprächskanäle auch offen zu halten mit Respekt.

Chefredakteur **Dr. Jetschgo**: Herr Klubobmann Stelzer?

Abg. **Mag. Stelzer**: Ich glaube, es gibt zu allen Zeiten Dinge, die einfach immer untragbar sind und deshalb unfassbar bleiben, wenn man an all diese Jahre zurückdenkt. Da ist einmal das eine, was sowieso für Generationen wie die meine unerforschlich bleibt, dieses Grauen, dieses Leiden, das stattgefunden hat, aber dann auch, dass hier vor Ort, hier bei uns im Land, hier in unseren Regionen und Städten untereinander Österreicherinnen und Österreicher auch gewaltsam aufeinander losgegangen sind.

Und was aber falsch wäre, wenn man sagt, man will aus der Geschichte lernen, ist glaube ich, dass man jetzt aus seiner komfortablen Position, wie beispielsweise der meinen, die in einen totalen Wohlstand und unhinterfragten Frieden hineingeboren worden ist, den Zeigefinger erhebt, sondern dass man schon auch schaut, vor welchen Herausforderungen und zum Teil gewaltigen Überforderungen damals junge Leute oder Politiker gestanden sind und da bin ich jetzt bei der Lehre, was dann nach all diesem Gegeneinander, nach diesen Wirrnissen, nach all diesen unglaublichen Gräueln als Lehre nämlich gezogen wurde: Dass all die, die vormals gegeneinander gegangen sind, den Schluss gezogen haben, wir müssen jetzt zusammenarbeiten, sowohl in Österreich als auch dann auf europäischer Ebene. Und das ist für mich eigentlich die große Antwort, die wir aus diesen Jahren, aus diesen Jahrzehnten ziehen können und an der wir auch weiterarbeiten müssen.

Chefredakteur **Dr. Jetschgo**: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Entholzer!

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Entholzer**: Ja, ich glaube es ist schwierig und jeder versucht immer nur daran zu denken, was in seiner Partei in der Vergangenheit gut gelaufen ist. Also ich würde immer gerne sagen 1918, 1920, das waren die Jahre, wo es die ersten sozialen Errungenschaften aus unserer Sicht gegeben hat. Aber wenn man es rückblickend betrachtet, 1888 war Viktor Adler jener, der versucht hat, alle unter einen Hut zu bringen. In der Sozialdemokratie, damals noch Sozialdemokratische Arbeiterpartei, weil Böhmen und Mähren ja nicht bereit war, sich Österreich zu titulieren. Wenn man dann nachher gesehen hat, dass Otto Bauer versucht hat, in die Opposition zu gehen, hier einen sehr strikten Kurs zu führen. Jetzt könnte ich mit der Schuldzuweisung schon beginnen, zu sagen, ja die Christlich-Sozialen waren damals Schuld, weil sie uns nicht mit in die Regierung genommen haben. Aber man muss auch selbstkritisch sagen, 1932 gab es das Angebot an Otto Bauer, wieder mit in die Regierung einzusteigen. Vielleicht war es damals ein Fehler, nicht in die Regierung hineinzugehen und Verantwortung zu übernehmen. Aber im Nachhinein ist man immer klüger. Und wenn wir nach 1945 alle, wie bereits erwähnt, traumatisiert von dem, was viele unserer Parteifreunde in dieser Zeit in Lagern erleben haben müssen, gesagt haben, jetzt arbeiten wir zusammen, war das sicherlich der Beginn eines Aufschwungs in Österreich.

Aber auf der anderen Seite hat man vielleicht auch in dieser Zeit ein bisschen verdrängt, auch die Geschichte aufzuarbeiten, nicht um Schuld zuzuweisen, sondern um zu wissen, was ist tatsächlich passiert? Und ich glaube, man muss immer vom jetzigen Standpunkt aus betrachten, was wir jetzt machen.

Chefredakteur **Dr. Jetschgo**: Wenn Sie mir kurz noch beantworten. Das Verhältnis der Parteien zueinander: Wie stark ist das heute noch durch die Geschichte, auch durch die traumatisierte Geschichte teilweise bestimmt oder ist das aufgearbeitet?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Entholzer**: Ich glaube, es gibt kein Verhältnis von Parteien untereinander. Es sind immer Personen, die Parteien vertreten. Und natürlich ist es einfacher, wenn man persönlich mit jemanden besser kann, dann tut man sich leichter. Es ist so. Und ich glaube, es ist gut, auch darüber zu reden, was man dem anderen in gewisser Weise vorwirft. Aber nicht als Schuldzuweisung, sondern um klarzustellen, das sehe ich so. Das heißt aber nicht, dass ich das in die jetzige Zeit mittransportieren muss und soll.

Chefredakteur **Dr. Jetschgo**: Herr Mag. Stelzer!

Abg. **Mag. Stelzer**: Eingedenk der Geschichte glaube ich, dass wir heute alle demokratischen Parteien und alle Vertreterinnen und Vertreter wissen, dass wir Gespräche suchen müssen. Denn nur wo kein Gespräch mehr möglich ist, ist der Schritt möglicherweise zu Radikalisierung oder noch Ärgerem denkbar und daher ist es wichtig, dass wir alle im Gespräch sind, die Auseinandersetzung pflegen, aber immer mit dem Ziel vor Augen, dass am Ende eine Lösung stehen muss und nicht das gegeneinander Fertigmachen.

Chefredakteur **Dr. Jetschgo**: Im Spiegel der eigenen Geschichte von Christlich-Sozialen damals und Sozialdemokraten ist interessant, dass unmittelbar nach 1918, in der schwierigsten wirtschaftlichen Zeit, die Koalition funktioniert hat und dass dann unter dem Druck des Rechtsradikalismus Anfang der 30er Jahre sonderbarerweise die Polarisierung immer stärker weiter getrieben wurde.

Herr Landesrat Haimbuchner! Im Fall FPÖ: Sie war zunächst einmal bis 86 fast eine Gesinnungsgemeinschaft und erst dann das, was wir heute als Mittelpartei ansprechen.

Landesrat **Dr. Haimbuchner**: Es hat sich natürlich sehr viel geändert. Aber das Verhältnis ist da überhaupt ganz interessant. Erstens einmal glaube ich, das, was Landeshauptmann-Stellvertreter Entholzer gesagt hat, ist völlig richtig. Es kommt immer auf die Personen darauf an. Mit wem kann man sehr gut? Und da war es immer auch interessant, auch das dritte Lager zu betrachten. 1949 mit dem Verband der Unabhängigen darf man nicht vergessen, die SPÖ hat gemeint, man kann hier das bürgerliche Lager spalten. Die ÖVP war da sehr kritisch eingestellt. Die SPÖ hat sogar in Oberösterreich damals den einen oder anderen Wahlkampf finanziert. Es ist hoch interessant. Letztendlich war es dann so, dass man zwischen den beiden Lagern gestanden ist und es hat dann erst in den 60er Jahren richtige Gesprächskanäle gegeben, sowohl zu den Christlich-Sozialen, zur Österreichischen Volkspartei, auch zur Sozialdemokratie. Und da hat es immer die interessante Situation gegeben, auch in unserem Lager, mit dem einen kann man besser oder mit dem anderen kann man besser oder schlechter. Es kommt auf die Personen darauf an. Ich glaube, das ist etwas ganz Wesentliches. Aber dieses Lagerdenken, glaube ich, das ist relativ vorbei.

Chefredakteur **Dr. Jetschgo**: Herr Hirz! Man kann wohl sagen, dass sich Demokratie im Wohlstand leichter lernen lässt als in Notzeiten, wie die hier angesprochenen und die hier erinnerten. Was folgt daraus?

Abg. Dipl.-Päd. **Hirz**: Ich meine, ich bin eigentlich wirklich froh, dass ich in dieser Zeit geboren bin und dass ich die Möglichkeit habe, mich so politisch einzubringen. Das haben meine Vorredner schon gesagt, dass es ganz wichtig ist, aufeinander zuzugehen, den Dialog zu führen.

Chefredakteur **Dr. Jetschgo**: Über diese Genugtuung hinaus, die wir selbstverständlich jetzt alle voranstellen, wie weit hilft das Wissen um diese Vergangenheit auch bei der Entwicklung der eigenen Zukunft?

Abg. Dipl.-Päd. **Hirz**: Ja wenn Sie mich fragen, was geschichtlich bedeutet, dann ist natürlich, was Erster Weltkrieg bedeutet, Zweiter Weltkrieg bedeutet? Diese Tragödien haben Europa völlig neu gestaltet. Wir haben nach dem Ersten Weltkrieg die Auflösung der Monarchie in Österreich, Deutschland, Russland, das Osmanische Reich löst sich auf. Sie haben nach dem Zweiten Weltkrieg zwei Systeme, die sich entsprechend gegenüberstehen. Und das hat natürlich entsprechende Auswirkung. Und wenn man sich die Konflikte heute anschaut, dann ist das natürlich auch so, dass das immer noch nachspielt.

Chefredakteur **Dr. Jetschgo**: Wie hat denn der Stellenwert der Ideologie, der klaren Erkennbarkeit, die aber doch in dieser Zeit auch Polarisierung bedeutet hat, wie hat der Stellenwert der Ideologie sich verändert? Ist heute der Sachpolitiker, der globale Anforderungen lokal parieren kann, mehr gefragt als der, der quasi Grundwerte, auch ideologische, positioniert?

Abg. Dipl.-Päd. **Hirz**: Ich bin der Meinung, wenn man Politik macht, eigentlich immer Grundwerte vertreten muss. Die Grünen sind entstanden aus der Umweltbewegung, aus der Frauenbewegung, aus der Friedensbewegung. Im Übrigen, die Friedensbewegung, genau deswegen auch, weil ja diese zwei Kriege da waren. Das heißt, man hat immer Grundwerte, aber es geht natürlich auch darum, pragmatisch manchmal die Dinge anzugehen. Und Politik heißt immer auch Dialog, Politik heißt Diplomatie, Politik heißt kompromissfähig zu sein. Und diesen Anspruch stelle ich an die demokratischen Parteien in unseren Parlamenten und Landtagen.

Chefredakteur **Dr. Jetschgo**: Herr Landesrat Haimbuchner!

Landesrat **Dr. Haimbuchner**: Ja, ich glaube, als Politiker, als Parteiohmann muss man ideologisch schon auch geprägt sein, aber vieles ändert sich. Auch das ist einem gewissen Wandel natürlich unterzogen. Letztendlich sind Werte gefragt, aber man muss diese Werte auch verständlich transportieren. Und ohne Frage, der Sachpolitiker ist auch ganz wichtig. Ohne Sachpolitik geht es überhaupt nicht. Und ich glaube, letztendlich vor allem auch die Einbindung der Bürger. Die Bürger dürfen sich nicht an die Wand fahren lassen, auch nicht die Parlamente durch internationale Organisationen, durch verschiedene Interessensgruppen. Die Demokratie an sich ist sehr wichtig.

Chefredakteur **Dr. Jetschgo**: Jetzt gibt es Phänomene, die wir vielleicht schon vergangen geglaubt haben und aus der Geschichte kennen, Fanatismus, Angst, Radikalität, Phänomene, die auf jeden Fall das Vorfeld des Ersten, noch mehr des Zweiten Weltkrieges bestimmt haben. Wie groß ist der Zug zur Radikalisierung heute? Wie würden Sie das, auch auf unser österreichisches Umfeld betrachtet, qualifizieren? Herr Dr. Stelzer!

Abg. **Mag. Stelzer**: Wir haben ja leider einen aktuellen Bezug. Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag waren ja heute zum Teil dabei, weil wir in einem eigenen Unterausschuss jetzt laufend über Herausforderung Extremismus in all seinen Schattierungen auch in unserem Land beraten, weil es leider da und dort immer wieder Vorfälle gibt. Was wir uns gerade,

glaube ich, als Vertreterinnen und Vertreter der Politik trotzdem, das geht auch an die eigene Adresse, vor Augen halten sollten, ist, dass auch das Wort, und viele von uns lieben ja auch die scharfzüngigen Vorgangsweisen, letztlich der Wegbereiter für vieles sein kann. Und immer dort, wo ja jede und jeder von uns spürt, da komme ich jetzt auch verbal an eine Grenze, die eigentlich nicht mehr das ist, was man vertreten kann, dass man sich dort auch Ein-

halt gebietet, weil wir uns schon klar sein müssen, dass so wie wir uns äußern und was wir äußern auch Nachahmer einlädt, dass wir damit vielleicht Hemmschwellen senken. Und das ist eine Verantwortung, die gerade wir heute tragen, damit wir wirklich das, was uns in Oberösterreich geschaffen haben, eine Gesprächskultur des Miteinanders, egal von welchen Ideologien wir herkommen, dass wir das ja nicht gefährden.

Chefredakteur Dr. Jetschgo: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Entholzer! Nationalismus: Wie stark ist das heute im europäischen Umfeld wieder ein von Tag zu Tag, von Jahr zu Jahr zunehmenderes Problem? Was ist die Herausforderung für jene, die Politik gestalten wollen auch über den Tellerrand hinaus?

Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Entholzer: Ich glaube, wir haben eine hohe Verpflichtung, die Menschen in der Demokratie mitzunehmen. Wir vergessen oft, dass wir den Menschen erklären, wieso und warum wir Entscheidungen in der Politik so und so treffen. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Es ist wahrscheinlich in den letzten Jahrzehnten so gewesen, nachdem die wirtschaftliche Entwicklung immer nach oben gegangen ist, die Menschen damit letztendlich einverstanden waren und gesagt haben, ja sie machen schon das Richtige, es geht mir immer besser. Wenn wir jetzt an einen Plafond kommen, wo man darüber nachdenkt, geht es noch aufwärts oder stagnieren wir eine gewissen Zeit, dann ist es wieder die Zeit, wo Radikalismen kommen und wo wieder die großen Einsager kommen, wir wissen es ganz genau und wir wissen es ganz gut. Und da ist es wichtig, die Demokratie so zu leben, die Menschen miteinzubinden, wieder mehr in diese Demokratiewichtigkeit einzubinden. Nur gemeinsam werden wir das schaffen.

Chefredakteur Dr. Jetschgo: Jetzt sind wir dort, wo es auch um Erinnerungskultur geht. Wie weit kann denn das über die Lehrpläne heraus, die wichtig sind, im Alltag stattfinden? Vielleicht kurz noch drei Beispiele.

Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Entholzer: Ich hoffe, es findet jetzt in den Lehrplänen statt, zu meiner Zeit hat es nicht stattgefunden, auch verständlich, wenn ich daran denke, dass mein Schwiegervater in Russland war, natürlich nie darüber gesprochen hat, weil das so dramatisch für ihn war. Ich glaube, das muss das eine sein, in der Schule das zu vermitteln. Viel, viel wichtiger ist nicht nur die Denkmalpflege, ein, zwei Mal im Jahr zu einem Denkmal zu gehen, sondern vor allem die Kunst, so wie wir es am Samstag gesehen haben, uns daran erinnert, wie düster diese Zeit war, wie schwierig diese Zeit war, um das auch ein Stück weiter aufzuarbeiten.

Chefredakteur Dr. Jetschgo: Sie haben die Aufführung "1914" im Musiktheater angesprochen, von Wilson, wo eigentlich das Publikumsinteresse auch sehr dramatisch war, wo es um das Wiedererkennen von Gleichläufen damals und heute gegangen ist. Herr Mag. Stelzer, Erinnerungskultur.

Abg. Mag. Stelzer: Ich halte das auch für sehr wichtig. Im europäischen Kulturhauptstadtjahr hatten wir zum Beispiel hier in der Landeshauptstadt einige Projekte, wenn ich nur an IN SITU und ähnliches denke, das ist deshalb wichtig, weil plötzlich die Geschichte so ins persönliche und ins heutige hereingeholt wird. So nach dem Motto, was würde denn ich heute hier an dieser Stelle tun, wäre ich vor 70, 80 Jahren hier auf dieser Welt gewesen? Daher

diese Aufforderung zur Auseinandersetzung, um dann für sich selber auch Handlungsanleitungen zu finden, das ist das, was als Erinnerungskultur, als Gedenken, aber auch aus den vielen Projekten, die wir machen, das Wichtigste ist.

Chefredakteur **Dr. Jetschgo**: Ist Erinnerungskultur auch etwas, das natürlich nicht Halt machen darf vor der eigenen Gesinnungsgemeinschaft, Partei usw.?

Abg. **Mag. Stelzer**: Das ist keine Frage, wir haben ja eine große oberösterreichprägende Persönlichkeit, die all das auch in seiner persönlichen Geschichte, all diese Phasen umspannt, Landeshauptmann Dr. Gleißner. Von ihm stammt aus vielen seiner Reden, kann man das auch nachlesen, ein ganz berührender Satz, wo er sinngemäß einmal gesagt hat: Es wäre wichtig, wenn wir die Werte, die Grundwerte, wie Würde des Menschen, Frieden und Freiheit, auch dann schätzen, wenn wir sie besitzen, und nicht erst dann, wenn wir sie verloren haben. Das ist eigentlich genau die Handlungsanleitung, dass man nie etwas als selbstverständlich nehmen darf, sondern immer daran arbeiten muss.

Chefredakteur **Dr. Jetschgo**: Ergänzend könnte man noch an Dr. Josef Schlegel erinnern, der vom Parlamentarismus her ein wichtiger Repräsentant der Christlich-Sozialen war. Gilt dasselbe auch für die Freiheitlichen, Erinnerungskultur auch im Eigenen?

Landesrat **Dr. Haimbuchner**: Selbstverständlich, ich glaube, das ist etwas ganz Wesentliches, dass man die Geschichte lernt, dass man Geschichte aber auch versteht. Ich glaube, das ist wichtig, denn eines ist ganz klar, so direkte Handlungsanweisungen aus der Vergangenheit für die Gegenwart gibt es nicht, man muss historisch auch denken. Sich auch immer bewusst sein, was bedeutet das für die Gegenwart? Politische Macht darf nicht verantwortungslos genutzt werden, politische Macht muss kontrolliert werden, politische Macht, die nicht kontrolliert wird, ist verantwortungslos und kann zu Katastrophen führen, denn was wäre gewesen vor hundert Jahren, mein Großvater ist vor hundert Jahren in den Ersten Weltkrieg gezogen, in diese Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, na ja jene, die die Menschen in den Krieg geschickt haben, haben verantwortungslos gehandelt, sie wurden nicht kontrolliert, da hat es kein System Checks and Balances gegeben. Man müsste sich überlegen, wie wäre das eigentlich in einer Demokratie, hätte es hier Jubel gegeben? Ich glaube es eher nicht.

Chefredakteur **Dr. Jetschgo**: Herr Klubobmann Hirz.

Abg. Dipl.-Päd. **Hirz**: Ich halte die Erinnerungskultur für ganz wesentlich, erstens einmal weil es die Möglichkeit gibt, Verantwortung zu übernehmen, aber es ist natürlich auch ein Stück Respekt gegenüber denen, die Opfer geworden sind. Erinnerungskultur heißt für mich auch, dass man an die Aufarbeitung geht, dass man sich objektiv und kritisch diesen Fragen stellt, deswegen sind solche Veranstaltungen wie heute hier wichtig, aber auch natürlich kulturelle Veranstaltungen, genauso wie Ausstellungen. Ich erwähne es noch einmal, wir haben zur Zeit das Wahlrecht mit 16, ich halte es wirklich für wichtig, dass wir mit der politischen Bildung verstärkt beginnen in der achten, neunten Schulstufe vor allen Dingen. Das ist ein Schlüssel für die Zukunft.

Chefredakteur **Dr. Jetschgo**: Ich bedanke mich sehr herzlich beim Podium. Ich darf weiter geben an das Bruckner Ensemble.

Musik

Debussy: 6 Epigraphes antiques – 2. Satz „Für ein Grab ohne Namen“ – „Anton Bruckner Ensemble“ (Beifall)

Präsident: Ich darf nun Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer um seine Worte ersuchen.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Ehren- und Festgäste, sehr geehrter Herr Landtagspräsident, Damen und Herren des hohen Hau-

ses, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Landesregierung! Am heutigen Jahrestag des Ausbruchs des zweiten großen Weltkrieges, dieser Menschheitskatastrophe des letzten Jahrhunderts, steht naturgemäß zweierlei im Mittelpunkt: Zum einen das Gedenken an die Opfer und deren Familien, Gedenken an zwei Weltkriege bedeutet aber immer auch, sich ins Bewusstsein zu rufen, Kriege machen immer Menschen zu Opfern und zu allermeist Unschuldige.

Zweitens steht heute natürlich die Frage im Mittelpunkt, es wurde schon wiederholt gesagt, was haben wir daraus gelernt? Wir haben tatsächlich daraus gelernt, weil das 20. Jahrhundert eine besonders verdichtete Phase historischer Entwicklungen gewesen ist, die Lehren, die wir daraus gezogen haben, den Erkenntnisstand der Menschen heute entscheidend mitprägen.

Dabei hat dieses 20. Jahrhundert für viele Historiker gar nicht 100, sondern nur 75 Jahre gedauert, sie sprechen vom "kurzen 20. Jahrhundert", es beginnt für sie erst mit dem Jahr 1914, mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs, denn bis dahin hat die alte Ordnung des 19. Jahrhunderts noch gegolten. Nach diesem Ersten Weltkrieg sah die Welt grundlegend anders aus, die politische Landkarte Europas wurde neu gezeichnet, mit Finnland, Polen, Estland, Lettland, Litauen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien waren neue Staaten entstanden. Die Kaiserhäuser Hohenzollern und Habsburg-Lothringen traten ab, an ihre Stelle traten Demokratien unter permanentem Druck von Links und Rechts. Mit der kommunistischen Sowjetunion hat sich ab 1917 ein völlig neues politisches System etabliert, der Kommunismus steht gemeinsam mit dem Faschismus für den Versuch einiger Weniger, alle Menschen nach ihren eigenen Vorstellungen zu formen. Sowohl in der Sowjetunion, als auch in Hitler-Deutschland wurde versucht die Individualität auszulöschen und den Einzelnen in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft oder im sozialistisch-sowjetischen Kollektiv aufgehen zu lassen. Wer den Vorstellungen des Regimes vom Menschen nicht entsprach, musste mit der Vernichtung rechnen, so geschehen in Stalins Sowjetunion, so geschehen in Hitlers Machtbereich, das schwerste Erbe, das wir aus dem 20. Jahrhundert mitnehmen.

Weitere Folgen des Ersten Weltkriegs waren: Die USA betraten als neue Weltmacht die Bühne der Geschichte. Die alten Welt- und Siegermächte Großbritannien und Frankreich hatten in diesem Krieg ihre Kräfte derart überdehnt, dass ihr schrittweiser politischer und wirtschaftlicher Abstieg begann. Sie waren aber in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg immer noch mächtig genug, um den Kriegsverlierern Deutschland, Österreich und Ungarn überharte Friedensverträge zu diktieren, dieser überharte Diktatfriede machte es unter anderem vor allem in Deutschland rechtsextremen Hetzern leicht, Politik zu finden. Mit Hitler gelangte einer dieser Hetzer 1933 in Deutschland völlig legal an die Macht, um die Welt heute vor 75 Jahren in ihre größte Menschheitskatastrophe zu stürzen. Natürlich würde es viel zu kurz greifen, Hitlers Weg an die Macht nur mit dem verlorenen Ersten Weltkrieg zu erklären. Dieser Weg wurde auch getragen vom antisemitischen Ungeist, den es lange vor dem Ersten Weltkrieg bereits gegeben hat, er wurde begünstigt von der Unreife demokratischer Eliten in der Weimarer Republik. Zu einem echten Machtfaktor in dieser Weimarer Republik ließ ihn aber erst eine Weltwirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit werden, die von der neuen Weltmacht USA ihren Ausgang genommen hat.

Es ist aber auch unbestritten, dass ihm das Unvermögen der Siegermächte des Ersten Weltkriegs, eine gerechtere Friedensordnung zu schaffen, sehr geholfen hat. Das Ergebnis des Zweiten Weltkriegs war die so genannte Nachkriegsordnung, also die Teilung Europas in Einflussphären der verbleibenden Weltmächte USA und Sowjetunion. Auf zwei Weltkriege folgte damit der "Kalte Krieg", während dem sich diese beiden Militärblöcke mit riesigen Arsenalen an Atomwaffen gegenseitig bedrohten. Noch sind nicht alle Archive geöffnet, noch ist nicht endgültig erforscht, wie oft die Welt in den vier Jahrzehnten dieses kalten Krieges

tatsächlich am Abgrund eines Atomkrieges gestanden ist. Ganz sicher wissen wir das lediglich von der Kuba-Krise im Oktober 1962, der damalige US-Verteidigungsminister McNamara hat über diese dramatischen Tage einmal gesagt: "Dass damals ein Atomkrieg verhindert wurde, war nicht nur Krisenmanagement, es war auch Glück dabei, viel Glück." Ende des Zitates.

Meine Damen und Herren! Dieses kurze 20. Jahrhundert mit seinen Kriegskatastrophen und nuklearen Menschheitsbedrohungen ist längst vorbei, es ist vorbei, weil es nicht nur Kriegskatastrophen und Menschheitsbedrohungen gebracht hat, sondern weil dieses Jahrhundert auch viel Gutes, viel in die Zukunft Weisendes gebracht hat. Ich denke vor allem an die Gründung der Europäischen Union als Friedens- und Wertegemeinschaft. Ich denke an Nationen wie Deutschland, Österreich, Italien oder Spanien, in denen zwischen 1918 und 1939 noch Demokratien scheiterten und in denen aber heute stabile Demokratien geschaffen wurden. Ich denke an das Ordnungssystem der sozialen Marktwirtschaft, das Westeuropa Wirtschaftswunder und Wohlstand gebracht hat.

Diese drei Versprechen, Friede, Freiheit, Wohlstand waren letztlich entscheidend dafür, die Teilung Europas zu überwinden, denn ihre Sogwirkung auf die Menschen in den kommunistischen Diktaturen Mittel- und Osteuropas war Ende der 80er Jahre so groß, dass sie auf die Straßen gingen und friedlich diese Diktaturen zu Fall brachten, auch dessen gedenken wir im heurigen Gedenkjahr. Immerhin hatten wir in 25 Kilometer an der nördlichen Grenze einen eisernen Vorhang, 133 Kilometer lang.

Soweit ein Überblick über dieses kurze 20. Jahrhundert, das am 28. Juli 1914 mit der Unterzeichnung der Kriegserklärung des Kaisers an Serbien in Bad Ischl begann, und im Jahr 1989 überall dort in Europa geendet hat, wo kommunistische Diktaturen stürzten und der Eiserne Vorhang durchschnitten wurde. Der Erste Weltkrieg hat natürlich auch uns Oberöreicher in dieses 20. Jahrhundert eintreten lassen. Der Untergang der Habsburger Monarchie ebnete den Weg für die Errichtung eines demokratischen Staates und aus dem „Erzherzogtum Österreich ob der Enns“ entstand das Land Oberösterreich. Die provisorische Landesregierung stand in den ersten Friedensmonaten vor enormen Problemen, Hunger, Unruhen, Seuchen, heimkehrende Soldaten und tausende von entlassenen Kriegsgefangenen waren die riesige Herausforderung, vor denen das Land stand.

Dringendstes Problem war die rasche Verbesserung der Versorgung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs, um den Plünderungen und Hungerunruhen Einhalt zu gebieten, zudem trennte eine neue, in dieser Form nie da gewesene Grenze das Land von Böhmen. Hier wird deutlich, bereits vor 1945 erlebte dieses Land 1918 und 1919 eine Stunde Null. Auch in den folgenden Jahren hatte der neue Kleinstaat Österreich mit schwersten wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Sie mündeten schließlich in der Massenarbeitslosigkeit der 30er Jahre, dazu kamen die tiefen Gräben zwischen den politischen Lagern, die vor 80 Jahren zum Bürgerkrieg und 1938 zum Untergang Österreichs geführt haben, damit mussten ab dem 1. September 1939 auch junge Oberöreicher in Hitlers Krieg ziehen.

Dieses Leid, das dieser Weltkrieg über Oberösterreich gebracht hat, lässt sich in Zahlen nur schwer ausdrücken. 40.000 Oberöreicher sind als Soldaten gefallen, nicht inbegriffen sind in dieser Zahl die zivilen Toten, vor allem die Bombenopfer, sie werden auf 3.000 geschätzt. Dazu kommen auch jene Oberöreicherinnen und Oberöreicher, die Opfer der NS-Terrormaschinerie geworden sind.

Meine Damen und Herren! Die Geschichte der Zweiten Republik verlief anders, sie verlief erfolgreich, aus einem ganz entscheidenden Grund, weil die Verantwortungsträger des Jahres 1945 und in den Folgejahren die Lehren aus der Geschichte gezogen haben, diese Leh-

ren haben damals ebenso ihre Gültigkeit gehabt, wie sie sie heute haben. Es ist eben die entscheidende Funktion der Geschichte, aus Ereignissen, Fehlentwicklungen, ja sogar Katastrophen der Vergangenheit die richtigen Schlüsse für das Heute und Morgen zu ziehen.

Wichtige Lehren, die wir aus dem 20. Jahrhundert in das 21. Jahrhundert mitgenommen haben, sind aus meiner Sicht, es wurde von Vorrednern mehrmals schon darauf hingewiesen:

- Auch wenn die Demokratie ihre Mängel hat, es gibt keine vernünftige Alternative zu ihr. Wer totalitären Regimen von Rechts oder Links heute noch nachtrauert, muss mit der entschiedenen Gegnerschaft aller demokratisch Gesinnten in diesem Land rechnen.
- Es wurde darauf hingewiesen: Demokratie braucht Kultur. Eine Kultur des Dialoges, eine Kultur der Zusammenarbeit und auch eine Kultur des Kompromisses. Die Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik ist gerade in Oberösterreich eine Geschichte der Zusammenarbeit und der ausverhandelten Lösungen. Eine Geschichte, wo das Gemeinsame immer vor dem Trennenden gesucht wurde.
- Wir wissen heute, dass die Weltwirtschaftskrise und die damit verbundene Massenarbeitslosigkeit in den 20er- und 30er-Jahren der Nährboden für den Aufstieg des Nationalsozialismus war. Wenn Menschen ohne Perspektive auf dem Arbeitsmarkt übrig bleiben, dann sind sie auch heute für Extreme ansprechbar. Wir müssen daher alles tun, um die Arbeitslosigkeit in unserem Land so gering wie möglich zu halten. Das gilt insbesondere für die Jugendarbeitslosigkeit.
- Wir müssen wachsam bleiben gegenüber allen Extremisten aller Art, die Vergangenes bestreiten und den Einzelnen in seiner Individualität nicht achten. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts lehrt uns, dass jene, die den Einzelnen nicht achten, zu jedem Verbrechen fähig sind.
- Und wir müssen das Vereinte Europa weiter bauen, das dem ganzen Kontinent politische Stabilität und starke Demokratien garantiert und, vor allem, die richtige Antwort auf 1914 und 1939 ist. Denn das darf sich nie mehr wiederholen. Ich verneige mich vor den Architekten des Friedensmodells der Europäischen Gemeinschaft.

Der ehemalige deutsche Außenminister Hans Dietrich Genscher hat zu Recht darauf hingewiesen, dass - Zitat: "beide Weltkriege haben ihre Ursache im Hegemonialstreben einzelner Mächte". Er hat weiter gesagt: "Hegemonie gibt es in Europa heute nicht mehr. Heute gibt es in Europa Zusammenarbeit. Das ist der große Fortschritt, den das Vereinte Europa gebracht hat."

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es in der Politik des letzten Jahrhunderts einen Fortschritt gegeben hat, dann den, dass Probleme und Konflikte nicht mehr auf den

Schlachtfeldern und in Kriegen ausgetragen werden, sondern friedlich, demokratisch auf Verhandlungstischen in Brüssel, Straßburg oder sonst wo in Europa.

Natürlich ist diese Zusammenarbeit nicht immer einfach. Natürlich bringt sie manchmal nicht schnell genug die gewünschten Ergebnisse. Natürlich sind wir nicht immer zufrieden mit dem was aus Brüssel kommt oder nicht kommt. Das darf aber niemals den Blick auf die europäische Grundidee, eine Union als Friedens- und Wertegemeinschaft zu bilden, für uns verstellen.

Daran möchte ich gerade heute, in dieser Gedenkstunde an zwei Weltkriege erinnern. Ich halte es hier mit dem neuen Kommissionspräsident Jean Claude Juncker, der gesagt hat, ich zitiere: "Ich weiß, dass manche an Europa zweifeln. Ich weiß, dass einige an Europa sogar verzweifeln. Wer das tut, den lade ich ein, einen Soldatenfriedhof zu besuchen."

Meine Damen und Herren! Wir haben es heute in der Hand, das 21. Jahrhundert als Zeitalter des Friedens, der Stabilität und des Wohlstandes in die Geschichte eingehen zu lassen, zumindest was Europa angeht.

Möglich wurde das, weil es das 20. Jahrhundert gegeben hat.

Und möglich wurde das, weil wir vor allem aus allen Irrwegen und Kriegskatastrophen in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts gelernt haben.

Wir, da meine ich vor allem und dankbar unsere Vorgänger in der politischen Verantwortung, die 1945 und in den Folgejahren Großartiges geleistet haben. Großartiges geleistet haben in ganz schwierigen Zeiten. Auch wir betonen oft, dass unsere Probleme enorm groß sind. Allerdings gibt es zu 1945 einen entscheidenden Unterschied. Damals ging es ums Überleben. Heute geht es ums besser leben. Die Lateiner sagen historia docet. Die Geschichte lehrt. Seien wir gelehrige Schüler. (Beifall)

Musik

W.A. Mozart: Quartett A-Dur – 1. Satz Andante – „Anton Bruckner Ensemble“

Präsident: Vom Krieg, den niemand wollte, zum Krieg, den alle wollten. Das ist das Thema des Festvortrages aus Anlass dieses Gedenkens an diese zwei besonderen Weltkriege und ich bitte nun Herrn Univ.-Prof. Dr. Dieter-Anton Binder um seinen Festvortrag. Bitteschön Herr Professor.

Univ.-Prof. Dr. Dieter-Anton Binder: Herr Landeshauptmann, Herr Landtagspräsident, meine Damen und Herren! Man muss sich stets vergegenwärtigen, dass die Geschichte das Objekt einer Konstruktion, wie Walter Benjamin einmal bemerkt hat, ist, die "nicht in einem abstrakten, luft- oder gar zeitleeren Raum, sondern an einem konkreten Ort, der mit Jetztzeit gefüllt ist", geschrieben wird. Daher interpretiert jede Generation aufs Neue das Geschehene und hofft so, einen Erkenntnisfortschritt zu erzielen.

Hundert Jahre nach dem Ausbruch des Krieges im Sommer 1914 besteht kein Staat mehr in jener Form, in der er kämpfend an diesem teilgenommen hat. Aus der Konkursmasse Österreichs und Ungarns oder des zaristischen Reiches wuchsen Staaten hervor, die allesamt in ihrer Form, die sie zwischen 1918 und 1920 annahmen, heute mit der Ausnahme der Republik Österreich weder in ihrer politischen Verfasstheit, noch in ihrer territorialen Integrität bestehen. Eine Rückkehr zu einer nationalen Betrachtung bedeutet nicht nur für Österreich die Beschwörung eines hegemonialen Blicks, der längst obsolet geworden ist. Der Zugang zu

einer modernen Auseinandersetzung mit jenen Vorgängern, die uns als der „Große Krieg“ oder als der „Erste Weltkrieg“ ins kulturelle Gedächtnis eingeschrieben sind, kann nur in einer transnationalen Sichtweise liegen.

1. Der unvorstellbare Krieg

1910 publizierte Norman Angell Lane in seinem Bestseller „The Great Illusion“ die Vorstellung, dass es angesichts einer fortschreitenden Globalisierung der Wirtschaft, der Finanzwelt, der Kommunikation, aber auch der intellektuellen Welt unvorstellbar geworden sei, einen globalen Krieg zu denken, da ein solcher nur als sinnlose Vernichtung wirtschaftlicher

Ressourcen angesehen werden würde, die von niemand gewollt werden könnte. Kriegslüsterne Militärs würden, so Angell, am nüchternen Pragmatismus der Wirtschafts- und Finanzwelt scheitern, da sich dieser gegen jeden Krieg wenden müsste. Eine vergleichbare Haltung nahm der polnische Denker Ivan S. Bloch ein, der einen Krieg in der Moderne als Vernichtung der globalen Wirtschaftskoordinaten interpretierte und daher für unvorstellbar hielt.

Diese Sichtweise unterstreicht Manfred Rauchensteiner in seiner voluminösen Studie über den Krieg und den Untergang des habsburgischen Reiches, indem er die Rüstungsindustrie der Monarchie in ihrer internationalen Verzweigung markiert. 1910 bekamen die Steyr-Werke keinen Auftrag von der k.u.k. Heeresverwaltung, so dass sie ausschließlich auf den Export angewiesen waren. Hauptabnehmer von Steyr waren die Balkanstaaten, die Türkei und Südamerika sowie in den Jahren 1911 bis 1913 China, das von österreichischen Banken einen Rüstungskredit eingeräumt bekommen hatte. Noch im Frühjahr 1914 gingen 200.000 Gewehre von Steyr in Kooperation mit den deutschen Mauser Werken nach Serbien, das zum damaligen Zeitpunkt die modernste Infanterie unter den europäischen Staaten besaß. Im Jahr davor waren es 230.000 Gewehre, die nach Rumänien gingen. Hirtenberg hatte bedingt durch den russisch-japanischen Krieg Hochkonjunktur, die jährliche Dividende stieg bis 1913 auf 18 Prozent. Skoda mit Firmensitz in Wien besaß beim Ausbau der k.u.k. Marine, ähnlich wie bei den schweren Geschützen, eine absolute Monopolstellung und kooperierte engstens mit dem französischen Rüstungskonzern Schneider-Creuzot in Konkurrenz zum deutschen Krupp-Imperium, das ihrerseits den Ausbau der russischen Rüstungsindustrie forcierte. Französisches und englisches Bankkapital steckte in einem erheblichen Ausmaß im Aktienkapital der Skoda-Werke. Die Firma Whitehead, die in Fiume/Rijeka die k.u.k. Kriegsschiffe baute, war wiederum mit den britischen Vickers Werken verbunden. Noch in der Julikrise 1914 verwies der britische Außenminister Sir Edward Grey auf die Folgen eines Krieges, an dem Österreich-Ungarn, das Deutsche Reich, Frankreich und Russland beteiligt wären. Ein solcher Krieg müsste „die Ausgabe so gewaltiger Summen nach sich ziehen und eine derartige Unterbrechung des Handels bewirken, dass der Krieg von einem vollständigen Zusammenbruch des europäischen Geldwesens und der Industrien begleitet oder gefolgt würde, und unbeschadet dessen, wer nun Sieger im Krieg wäre, würden viele ganz einfach fortgeschwemmt werden.“

2. Kriegsfaktoren

Zweifellos gab es in einer Reihe von europäischen Staaten jenes charakteristische Gemengelage von nationalistischen Motiven, geopolitischen Überlegungen und militärischer Bereitschaft, die in einem Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sah.

Frankreichs Eliten waren weitgehend zutiefst revanchistisch, da sie in der Niederlage von 1870/71 eine anhaltende Demütigung sahen, deren territorialer Ausdruck der Verlust von Elsass-Lothringen war. Das Wilhelminische Deutschland wiederum sah in Frankreich eine anhaltende Bedrohung auf dem Kontinent und in Großbritannien den überlegenen Widersa

cher imperialer Träume. Großbritannien wiederum irritierte der deutsche Wirtschaftsaufstieg und die Rhetorik des Enkels von Queen Victoria, Wilhelm II., des, wie es heute im Englischen noch heißt, "Kaisers". Das zaristische Russland wurde im von Nationalitätenhader geschüttelten habsburgischen Reich als „Schutzherr“ des Panslawismus und Serbiens wahrgenommen. Serbien wiederum sah die habsburgische Dominanz auf dem Balkan irritierend und außerdem als ein Hindernis auf dem Weg zum Meer. Das Osmanische Reich, weitgehend seiner europäischen Besitzungen ledig, sah sich im Widerspruch zu den russischen Expansionsplänen und wurde gleichzeitig durch die europäischen Interessen in Nordafrika irritiert. Italien wiederum meinte, durch die Doppelmonarchie an der Vollendung der Nationalstaatlichkeit gehindert zu werden.

Eingebettet wurde dieses Konglomerat divergierender Interessen und Befürchtungen in ein nach 1900 zunehmend polarisiertes Bündnissystem, das an die Stelle der komplexen Konstruktion Bismarck'scher Außenpolitik eine bipolare Welt setzte, in der sich die Entente Cordiale Frankreichs und Großbritanniens mit Russland verbündete, während dem Dreibund 1914 nicht zuletzt auf Grund der inkompetenten österreichischen Diplomatie Italien abhandkommen sollte. Damit waren die Weichen für einen Zweifrontenkrieg gestellt.

Klares militärisches Denken, folgt man der Theorie Carls von Clausewitz, erkennt den Primat der Politik an und präferiert die menschenchonende Verteidigung, die darauf abzielt, den menschenverschlingenden Angriffen so lange Stand zu halten, bis der Angreifer durch Verluste geschwächt offensiv attackiert werden kann. Dagegen hatte sich bereits der siegreiche Strategie des deutsch-französischen Krieges, Helmuth Graf von Moltke, gewandt. Charakteristisch für diese Haltung ist die Grundidee Schlieffens, der 1905 seine Planung für einen Zweifrontenkrieg angesichts der sich abzeichnenden Achse Paris – St. Petersburg vorlegte. Dessen Grundidee war ein rascher Sieg über Frankreich, der durch eine große Umfassungsoperation über das neutrale Belgien und unter Verletzung der Souveränität Luxemburgs zur Einnahme von Paris führen sollte und erst danach die siegreichen Truppen an die russische Front zu werfen hatte. Wiederum unter Abkehr von den Maximen Carls von Clausewitz postulierte Franz Conrad von Hötzendorf, seit 1906 mit einer kurzen Unterbrechung Generalstabschef der k.u.k. Armee, den Primat des Militärs vor der Politik und forderte bis 1914 in einer manischen Monotonie Präventivschläge gegen Serbien und das zu diesem Zeitpunkt formelle Dreibundmitglied Italien, wobei er nicht zuletzt am österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand scheiterte. Dennoch gingen alle Manöverannahmen und alle Kriegsspiele der k.u.k. Armee unter Hötzendorf von einem Offensivkrieg aus, so dass nicht einmal strategische Rückzüge trainiert wurden.

Neben den auf Offensive eingestellten Militärs waren es diplomatische Kreise, allen voran der österreichische Außenminister Leopold Graf Berchtold, der in der Krisensituation des Juli 1914 einen gezielten Militärschlag gegen Serbien präferierte, wiewohl zu diesem Zeitpunkt bereits überdeutlich klar wurde, dass ein militärischer Konflikt nicht begrenzt sein würde.

Im Umfeld des deutschen Reichskanzlers Bethmann Hollweg war man in sozialdarwinistischer Prägung "von der Unausweichlichkeit des Entscheidungskampfes" überzeugt. Hier traf man sich zweifellos mit den Kreisen um Conrad von Hötzendorf und propagierte jene Nibelungentreue, die schließlich immer dann, wenn der österreichisch-ungarischen Hand etwas an Kraft fehlte, eine deutlich deutsche Führung zu Seite stand. In all diesem Ringen war die Position des österreichischen Kaisers davon geprägt, dass er sichtlich in einem Rückwärtsschwenk der Regierungsform des Neoabsolutismus den Vorzug gab. Durch die stilistische Verknappung des österreichisch-ungarischen Ultimatums suggerierte Serbien, dass die Doppelmonarchie die Teilnahme österreichisch-ungarischer Vertreter an der Rechtsprechung in Serbien gegen die Hintermänner des Attentats gefordert hätte. Damit manövrierte

Serbien sich in jene Position, die Frankreich angesprochen hatte. Es sollten nur jene Punkte des Ultimatums akzeptiert werden, die die Ehre Serbiens zuließen. Für den Fall eines Angriffes auf Serbien hatte Russland dem Land seine bedingungslose Unterstützung zugesagt, während der französische Präsident Raymond Poincaré unter Berufung auf die beschworene Nibelungentreue gegen das Deutsche Reich politisch mobilisierte. Lediglich Großbritannien, dessen öffentliche Meinung weitgehend den Krieg ablehnte, suchte den Weg der Mediation, scheiterte jedoch an der Ignoranz nicht nur Berlins und Wiens, sondern auch an jenen diplomatischen und militärischen Kreisen in St. Petersburg und Paris, die Großbritannien zur Entscheidung drängten, einem deutschen Übergewicht entgegenzutreten. Bezeichnend für das emanzipierte Agieren der Diplomatie und vor allem der Militärs, die in seltenem Einklang, aber auch durch das Zurückhalten von Information und durch gezielte Desinformation ihren

Weg in den Krieg betrieben, ist das Scheitern letzter Friedensinitiativen, die direkt vom deutschen Kaiser und seinem russischen Vetter ausgingen.

Eingebettet waren diese Vorgänge in einen Bellizismus, den nicht nur Imperialisten, Nationalisten und Revanchisten trugen, sondern dem auch die Moderne huldigte. Der frühe Expressionismus propagierte das antibürgerliche "Aufbegehren gegen überkommene Normen, das auch vor der Feier des Krieges, der Apotheose von Kampf und Erneuerung, Virilität und Ekstase nicht zurückscheute" (Ernst Piper). Gegen diesen Bellizismus wandte sich am 29. und 30. Juli 1914, also nach der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien, das Exekutivkomitee der Sozialistischen Internationale, das Vertreter der deutschen, österreichischen, französischen, britischen, russischen und italienischen Sozialdemokratie zusammenführte. Die Delegierten aller "vom Weltkrieg betroffenen" Länder proklamierten: "Die deutschen und französischen Proletarier sollen stärker denn je Druck auf ihre Regierungen ausüben, damit Deutschland auf Österreich mäßigend einwirkt und Frankreich Russland dazu bringt, sich nicht in den Konflikt einzumischen". Der geplante Friedenskongress sollte nicht mehr stattfinden, die Sozialistische Internationale nie mehr zusammentreten, am Tag danach wurde der französische Sozialist und Pazifist Jean Jaurès von einem Pariser Studenten ermordet, die sozialdemokratischen Parteien mit Ausnahme jener von Russland und Serbien folgten dem Kurs ihrer Regierungen in den Krieg.

3. Vom Krieg im eigenen Land

Im Erzherzogtum ob der Enns, in Ischl, unterzeichnete Franz Joseph die Kriegserklärung. An diesem 28. Juli 1914 hielt er auf der Rückfahrt nach Wien am Hauptbahnhof in Linz und rief den dort angetretenen Offizieren zu, dass er "auf den guten Geist, die Ausdauer und die Tapferkeit seiner Armee" vertraue. Diese Armee erlebte in den ersten Monaten dieses Krieges jene entscheidenden Niederlagen an der russischen und der serbischen Front, ausgelöst durch einen verantwortungslosen Dilettantismus der militärischen Führung unter Hötzendorf und des formalen Oberbefehlshabers Erzherzog Friedrich, in der die jungen Berufsoffiziere und die am besten ausgebildeten Mannschaften verheizt wurden.

Nachdem der deutsche Generalstabschef 1914 eine sofortige Unterstützung an der russischen Front ablehnte, musste Conrad vorerst allein gegen die Russen antreten. Gefangen in seinem Konzept und Hass auf Serbien gab Conrad der Invasion Serbiens den Vorrang. Daher verlegte er zwölf Divisionen der 2. Armee an die serbische Grenze und schwächte seine Position gegenüber dem russischen Aufmarsch, der sich zu einem Vorstoß über Galizien und die Karpaten in den Nordosten Österreich-Ungarns formierte. Um die operative Fehleinschätzung zu kaschieren, hielt Conrad die zwölf Divisionen vorerst am Balkan zurück, während er die Russen mit unterlegenen Kräften von Galizien aus angriff. Die vier österreichischen Armeen hatten sich auf einer rund 400 Kilometer langen Front mit vier russische Armeen zu messen, deren Aufmarschtempo völlig unterschätzt worden war. Zwischen dem 6.

und 12. September griffen die österreichisch-ungarischen Armeen die überlegenen Kräfte der Russen an und verbluteten. Die österreichische militärische Führung musste die Reste ihrer Truppen 240 Kilometer zurücknehmen. Galizien wurde weitgehend geräumt, mit der Bukowina verlor man wertvolle Ölressourcen. Russische Truppen stürmten den Dukla-Pass und standen davor, in die ungarische Tiefebene einzubrechen. Conrad hatte in der Schlacht von Lemberg rund ein Drittel der österreichischen Armee verheizt. 250.000 Soldaten waren gefallen und 100.000 gingen in russische Kriegsgefangenschaft. Wiederum besonders hoch war der Anteil junger Berufsoffiziere und Unteroffiziere. Die österreichische Festung Przemyśl wurde vom 24. September bis zum 11. Oktober und ab dem 9. November bis 22. März 1915 belagert, bis sie kapitulierte und weitere 110.000 Mann den Weg in die Kriegsgefangenschaft antraten. Mit dem Scheitern des Schlieffen-Plans im Westen und dem Schei-

tern des Angriffskrieges im Osten und Südosten hat Österreich im September 1914 weitgehend den Ersten Weltkrieg verloren.

Evidente Fehlleistungen in der operativen Planung wurden detachiert: Mangelnde Disziplin bei der Ausführung der Befehle durch untergeordnete Heerführer und der Verrat durch nicht-deutsche Truppenteile wurden ebenso geltend gemacht wie die Hysterie vor russischen Spionen, der österreichische Bürger als Russophile zum Opfer fielen.

Bis zum Abtreten Conrads als Generalstabschef 1917 auf ausdrücklichen Wunsch Kaiser Karls waren insgesamt 7,5 Millionen k.u.k. Soldaten im Einsatz gewesen. Davon waren 700.000 gefallen, 600.000 dienstuntauglich und 1,500.000 in Kriegsgefangenschaft.

Das oberösterreichische Regiment Nr. 14, Großherzog von Hessen, kämpfte an der Ostfront und an der Südfront. Das salzburgisch-oberösterreichische Infanterieregiment Nr. 59, Erzherzog Rainer, kämpften bei Lemberg, trat zur Frühjahrsoffensive 1915 an, kämpfte auf der Hochebenen angesichts der Drei-Zinnen und bei den Sieben Gemeinden. Das oberösterreichisch-salzburgische Dragonerregiment, Kaiser Ferdinand, war bis 1917 längst abgesessen an der Ostfront im Einsatz, wurde dann nach Albanien verlegt und blutete schließlich 1918 an der Piave. Das Landwehrintanterieregiment Nr. 2 kämpfte bei Lemberg, bei Przemysl, in den Karpaten und an der Südfront. Das Divisions-Artillerie-Regiment Nr. 40 leistete Kriegsdienst an der Ost- und an der Kärntnerfront. Insgesamt fielen 22.500 Oberösterreicher, nahezu die Hälfte hinterließen Frauen und Kinder. 10.000 Oberösterreicher kamen als Kriegsinvaliden zurück in die Heimat, nicht mitgezählt die zumeist nicht sichtbaren psychisch Verletzten.

Das Erzherzogtum war nie direkt vom Krieg bedroht und dennoch spiegelte es den Krieg in all seinen Facetten. Die Waffenproduktion ließ Steyr dramatisch wachsen, die zivile Motoren- und Maschinenfabrik in Grieskirchen produzierte Granaten, jene in Lichtenegg Heeresfeldseilbahnen für die Südfront, die Sensenfabrik in Scharnstein Bajonette, Dolche und Säbel.

In Mauthausen, in Marchtrenk, in Braunau, in Freistadt, in Aschbach, in Wegscheid, in Schärding und in Katzenau entstanden Lager mit bis zu 60.000 Kriegsgefangenen. Ruhr, Typhus, Fleckfieber und die Spanische Grippe waren die Folge der Überforderung, der Massenhaft, der mangelnden Hygiene, des Hungers und der Vernachlässigung der Kriegsgefangenen. 30.000 Gräber in Oberösterreich erinnern an diese Opfer des Krieges. Ein gleiches Bild boten die Flüchtlingslager der vor dem Krieg aus dem Osten der Monarchie geflohenen und vertriebenen Bürger der Doppelmonarchie.

4. Der Zusammenbruch

Es gehört zur langanhaltenden, von nationalistischen Interessen auf beiden Seiten geprägten Erzählung, dass die Doppelmonarchie am Nationalitätenkonflikt zerbrochen wäre. Zweifellos haben der fehlende umfassende Reformwille, die Arroganz der Deutschen und der

Magyaren innerhalb der Monarchie wesentlich dazu beigetragen, dass 1914 ein vormoderner Staat in den Krieg eintrat, nachdem jener Erzherzog, der umfassende Reformkonzepte für den Tag nach seiner Thronbesteigung vorgesehen hatte, ermordet worden war.

Der antimoderne Habitus der herrschenden Klasse erleichterte den Weg in die Kriegsdiktatur, in den permanenten Ausnahmezustand mit seiner im wahrsten Sinne des Wortes mörderischen Militärjustiz. Ein Oberösterreicher, Rudolf Eistinger, wurde für diese Kritik an der fehlenden Moderne seines Staates 1915 in Riva zum Tod durch Erschießen verurteilt. Trotz des „Burgfriedens“ suchte man seit dem Kriegsausbruch und angesichts der ersten Katastrophen

nach Schuldigen, die Russophilen, die Spione, die Slawen, die Juden, die Kriegsgewinnler, die Italiener, die Roten. Rund drei Millionen Staatsbürger wurden in kriegsgerichtliche Verfahren verwickelt, eine noch zu erhebende Zahl ohne Rechtsgrundlage ihrer Freiheit beraubt. Statt militärische Fehler einzugestehen, denunzierte man ganze Regimenter als Irredentisten und Überläufer. Das Land ob der Enns behielt zwar seine Zivilverwaltung, doch wurde seine politische Vertretung bereits vor Kriegsausbruch aufs Eis gelegt. Das fehlende Kapital zur Kriegsführung besorgte man sich durch Kriegsanleihen, die die Währung und damit die Wirtschaft langfristig zerstörten. Fehlende Rohstoffe wurden requiriert, Gold gab man für Eisen, zivile Kupferbestände mussten ebenso erhalten wie Orgelpfeifen und Kirchenglocken. Der Hunger zog auch in diesem Land ein. Nicht nur die städtischen und zunehmend auch die bäuerliche Bevölkerung kamen an den Rand ihrer Leidensfähigkeit. 1918 flammten in Linz, Steyr, Ischl und Ebensee Streik- und Protestaktionen auf.

Der formellen Kapitulation am 3. November 1918 war die Auflösung der Monarchie vorgegangen, der kaum jemand eine Träne nachweinte, nachdem sich die österreichischen Sozialdemokraten im Herbst 1918 für eine Republik entschieden hatten und die Christlichsozialen unter der Führung der westlichen Bauernvertreter und des oberösterreichischen Prälaten Nepomuk Hauser ihnen ohne Wenn und Aber folgten. In der Endphase des Ringens hatte auch Oberösterreich wie Böhmen, Galizien und Ungarn seine Nahrungsmittellieferungen an andere Teile der Monarchie eingestellt. An der Front hielten seine Soldaten aus, bis sie feststellen mussten, dass sie dazu verwendet werden sollten, abziehende ungarische Truppen zu ersetzen.

Die Heimkehrer fanden ein wirtschaftlich ruiniertes Land vor, sie brachten ihre Erschöpfung und ihr Leiden in die Heimat mit. Vielfach fanden sie nur schwer zurück in den Alltag, der verwirrend politisiert erschien. Als spezifisches Erbe der Sozialisation von Gewalt aus Vorkriegs- und Kriegszeit suchte man der Sinnlosigkeit des Krieges und der darin erbrachten Opfer einen Sinn zu geben und begann die „Appelle an Kameradschaft, Treue, Ehrgefühl“, die das Leben im Alltag der Truppe unabhängig vom Verlauf des Krieges erträglich gemacht hatten, als politischen Auftrag in einer sich mühselig formierenden Zivilgesellschaft zu sehen. Das ist der Beginn der Frontkämpfergeneration in der österreichischen Politik, die zum Scheitern der Demokratie 1933/1934 beitragen sollte. Die Niederlage Österreichs war so total, dass daraus kein selbständiger Revisionismus wachsen konnte, dafür plädierte man über die politischen Lagergrenzen und partiellen Sonderinteressen hinweg für einen Zusammenschluss mit der deutschen Republik, deren Politik und deren Gesellschaft nicht im Stande war, eine Kultur der Niederlage zu entwickeln, wie dies nach 1945 passiert ist. Die Friedensverträge förderten auch dort die Enttäuschung, wo man sich wie in Italien um die Früchte des Sieges gebracht sah. Die fehlende Kultur der Niederlage, aber auch des Sieges und der Revisionismus waren der Nährboden, auf dem Faschismus und Nationalsozialismus im zentraleuropäischen Raum aufbauen konnte.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Präsident: Dankeschön Herr Professor Binder. Professor Binder hat in seinen Ausführungen den preußischen General und Militärtheoretiker Carl von Clausewitz erwähnt, der den Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln bezeichnet hat.

Wirft man einen Blick auf das aktuelle Weltgeschehen, ist der Krieg leider in vielen Gegenden noch immer eine Auszugsform von Politik. Denkt man an den Krieg im ehemaligen Jugoslawien, war dies auch an der Grenze zu Österreich vor nicht allzu langer Zeit noch der Fall in den 90er Jahren.

Das Gedenken an die beiden Weltkriege soll uns daher Anlass sein zu Dankbarkeit, zu Demut. Und ganz einfach auch deswegen, dass der Krieg bei uns schon seit vielen Jahrzehn-

ten kein Mittel der Politik mehr ist. Bei allen Problemen und Herausforderungen, die uns aktuell beschäftigen, sehen wir es als Privileg, in Österreich nun schon so viele Jahrzehnte in Frieden leben zu können. Aktuelle Sorgen und Unzufriedenheit sollen nicht schön geredet werden, manche Probleme relativieren sich jedoch, wenn man diese mit denen der Generation unserer Eltern und Großeltern im Vergleich setzt, von selbst.

Beide Gedenktage sollen uns daher auch eine Mahnung sein. Sie mahnen uns, stets für die unschätzbaren Güter Frieden und Freiheit einzutreten. Sie mahnen uns in der Politik, unsere Werte zu verteidigen, Demokratie, Menschenrechte, europäische Solidarität. Und sie geben uns auch die Möglichkeit in einer Zeit zu leben, wo wir nicht nur zwei besonders trauriger Kriege gedenken, sondern wo wir, und der Herr Landeshauptmann hat darauf hingewiesen, auch 25 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs feiern dürfen. Wir haben Gott sei Dank die Kriege aus den Erzählungen nur mehr erlebt, größtenteils. Aber wir haben den Aufbruch zur Freiheit, den Fall des Eisernen Vorhangs vor 25 Jahren, ja und auch den Beitritt unserer Nachbarn im Osten Europas vor 10 Jahren zur Europäischen Union miterleben dürfen. Auch das sind Bereiche, die den Werten der Politik und dem Engagement der Politik zu verdanken sind.

Wir kommen nun zum Schluss unserer Festsitzung und ich bedanke mich bei Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, für Ihre Teilnahme. Ein besonderer Dank gilt selbstverständlich allen Mitwirkenden an der heutigen Veranstaltung, dem Anton Bruckner Ensemble für die feierliche musikalische Umrahmung, Herrn Universitätsprofessor Dr. Binder für seinen interessanten Festvortrag, unserem Herrn Landeshauptmann Dr. Pühringer und den Vertreterinnen und Vertretern der im Oberösterreichischen Landtag vertretenen Parteien, dem Herrn Chefredakteur Dr. Johannes Jetschgo für die Moderation dieser sogenannten Talkrunde, sowie natürlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Hauses, die an der reibungslosen Abwicklung und Vorbereitung dieser Veranstaltung mitgewirkt haben.

Meine Damen und Herren! Bevor wir nun abschließend die Bundes- und schließlich die Landeshymne singen, hören wir aufgrund der heute bereits mehrmals hervorgehobenen Friedensfunktion der Europäischen Union und ihrer Vorgängerorganisationen natürlich auch die Europahymne. Im Anschluss daran darf ich Sie im Namen unseres Landeshauptmannes zum Empfang des Landes Oberösterreich einladen. Genießen Sie es! Ich bedanke mich sehr herzlich, dass Sie gemeinsam diesem Gedenken mit uns hier im Steinernen Saal den entsprechenden zeitlichen Rahmen gegeben haben. (Beifall)

Europa-, Bundes- und Landeshymne

(Ende der Sitzung: 15.48 Uhr)